

Büro Hans-Dietrich Genscher

„Europa in einer neuen Weltordnung“

Rede

von Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher

Anlässlich der Churchill Lecture 2006

am 20. September 2006 in Zürich

Es gilt das gesprochene Wort!

Mit großer Freude habe ich die Einladung angenommen, heute vor Ihnen über das Thema "Europa in einer neuen Weltordnung" zu sprechen.

Ich betrachte es als große Ehre, dass ich dazu aus Anlass des gestrigen 60. Jahrestages der Rede Winston Churchills vom 19. September 1946 hier in Zürich das Wort ergreifen darf.

Churchill hatte damals die Einigung Europas als die Zukunftschance für unseren Kontinent erkannt.

Sein Appell an die Franzosen und Deutschen, in die Zukunft zu blicken und eine Partnerschaft für Europa zu begründen, zeigte den Weg.

Zwei bedeutende Reden waren Churchills Züricher Zukunftskonzept vorausgegangen.

1945 hatte der französische Schriftsteller und Diplomat, Paul Claudel, an die Deutschen appelliert:

"Deutschland ist nicht dazu da, die Völker zu spalten, sondern um sie um sich zu versammeln - all die unterschiedlichen Nationen, die es umgeben, spüren zu lassen, dass sie ohne einander nicht leben können."

Es war der Appell an die Deutschen, sich ihrer Verantwortung in und für Europa bewusst zu werden, sich also als Europäer unter Europäern zu verstehen.

Das war ganz im Sinne von Thomas Mann, der wenige Jahre später der deutschen Jugend zurief: "Es geht nicht um ein deutsches Europa, sondern um ein europäisches Deutschland. "

Das war die Forderung nach der Europäisierung Deutschlands als Alternative zu dem von Größenwahn und Rassenwahn bestimmten Ziel der Germanisierung des Kontinents.

Wenige Tage, bevor Winston Churchill in Zürich seine Stimme erhob, erklärte mitten in den Trümmern der Stadt Stuttgart, in dem einzigen noch erhaltenen größeren Versammlungsraum, dem Staatstheater - es war am 6. September 1946 -, der amerikanische Außenminister Byrnes, Amerika werde den Völkern Europas beim

Wiederaufbau helfen.

Er bezog in dieses Programm das besiegte Deutschland ein. Weitsichtig erklärte er, ohne Deutschland sei eine Gesundung Europas nicht möglich.

Mit dem Marshall-Plan löste Amerika sein Hilfsversprechen in überzeugender Weise ein.

War Churchill einer der eindringlichsten Mahner zur Einheit des Kontinents, so wurden die USA zu den Paten der europäischen Einigung.

Es ist notwendig, daran zu erinnern und zwar beide - nämlich jene Europäer, die ihre Identität im Gegensatz zu Amerika suchen und jene Amerikaner, die das vitale, auf die Zukunft ausgerichtete Europa in ein altes und ein neues Europa spalten wollen. Churchills Forderung nach dem Bau einer Art Vereinigten Staaten von Europa war ein ebenso historisches wie weitsichtiges Konzept.

Robert Schuman, Jean Monnet, Alcide de Gasperi und Konrad Adenauer dachten und wirkten in die gleiche Richtung.

Aus den sechs Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft durch die Römischen Verträge im Jahre 1957 ist inzwischen die Europäische Union mit 27 Mitgliedstaaten geworden.

Das ist eine eindeutige Bestätigung des Appells von Winston Churchill hier in Zürich vor 60 Jahren.

Es war ein langer Atem notwendig, er wird auch in Zukunft nötig sein.

Wichtig war, immer wieder trotz aller Schwierigkeiten Schritte nach vorn zu wagen.

Die bedeutsamsten sind die verschiedenen Erweiterungen der gemeinsame europäischen Binnenmarktes und die Hinwendung zur politischen Union sowie die Wirtschafts- und Währungsunion durch die Verträge von Maastricht.

Die Verständigung über eine gemeinsame Außenpolitik machte immer wieder bedeutende Fortschritte.

Beispiele dafür sind die gemeinsame Entspannungspolitik nach Osten - mit dem KSZE-Prozess als europäische Freiheits- und Kooperationsinitiative, die Mittelmeerpolitik nach Süden, das

europäische Konzept für die Lösung des Nahostkonflikts mit der Erklärung von Venedig, die Afrikapolitik, die Zentralamerikapolitik, Kooperationen mit anderen regionalen Zusammenschlüssen, z. B. mit ASEAN und dem Golf-Kooperationsrat. Europa ist heute die Stabilitätszone in einer eher instabilen Welt.

Woraus hat Europa seine Kraft für dieses einzigartige Zukunftskonzept bezogen?

Für die Gründergeneration war die Europäische Gemeinschaft die Antwort auf jahrhundertelange europäische Bruderkriege, auf die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts und mit der Festlegung auf die Grundwerte von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung auch die Antwort Europas auf das Verbrechen des deutschen Faschismus.

Nicht weniger bedeutend aber war die Einsicht, dass die EG nur dann Bestand haben werde, wenn sie sich gründet auf die Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit ihrer Mitgliedstaaten – unabhängig von ihrer Größe.

Es war ein Glücksfall, dass drei der sechs Gründerstaaten zu den kleineren europäischen Staaten gehörten und drei zu den größeren.

Das Bekenntnis zu Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit bedeutete eine Absage an jahrhundertalte Macht- und Rivalitätspolitik in Europa.

Diese Politik war bestimmt von dem Vorherrschaftsstreben der größeren miteinander rivalisierenden europäischen Mächte, die über Jahrhunderte die kleineren Staaten zu Objekten ihrer Politik machten.

Die kleineren Staaten hatten damals allenfalls die Option, sich auf die eine oder andere Seite zu schlagen.

Der Verzicht der größeren Staaten auf das Streben nach Vorherrschaft war ihre Bringschuld – gleichsam ihre Morgengabe für die Einigung des Kontinents.

Diese Morgengabe wird auch global von den größeren Staaten, von regionalen Organisationen wie der EU und von den Wohlhabenderen dieser Welt verlangt werden, wenn wir jetzt den langen Marsch in eine gerechte Weltordnung antreten wollen.

Dazu gehört auch ein weiteres Prinzip, das den Erfolg der europäischen Einigung ermöglichte, nämlich das der auf gemeinsamen Vorteil zielenden Solidarität.

Die Gemeinschaft der europäischen Staaten kann gedeihen, weil jeder von ihnen den Erfolg der anderen Mitgliedstaaten auch als eigene Chance verstand und entsprechend handelte.

Hier wird in einem frühen Stadium das Verständnis europäischer, das heißt regionaler Interdependenz deutlich.

Dieses Interdependenzverständnisses hat sich bei jeder Erweiterungsrunde als richtig erwiesen.

Es hat stets zu einem win-win-Ergebnis geführt.

Gleichwohl stießen alle Erweiterungsschritte auf Kleinmut und auf das Argument vermeintlicher nationaler Interessenwahrung.

Diese in Europa immer wieder gemachte Erfahrung wiederholt sich heute, wenn es global darum geht, auch im eigenen Interesse die Konsequenzen aus der Realität globaler Interdependenz zu ziehen.

Die Einigung Europas wird heute in vielen Teilen der Welt als beispielhaft angesehen.

Sie wurde zum Modell für die Zusammenarbeit von mittleren und kleineren Staaten in verschiedenen Regionen unserer Welt.

Europa ist zur Zukunftswerkstatt für eine neue Weltordnung geworden.

Europa hat keinen Anlass zum Kleinmut.

Die europäische Identität ist gegründet auf Freiheit, Menschenwürde und Selbstbestimmung.

Das machte die friedliche Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas möglich.

Erlauben Sie mir als ehemaligem Außenminister der Bundesrepublik Deutschland eine persönliche Bemerkung: Wir Deutschen haben die Lehren aus unserer Geschichte gezogen.

Innenpolitisch haben wir eine stabile Demokratie geschaffen.

Außenpolitisch sind wir entschlossene Verfechter der Einigung Europas.

In der Zeit des kalten Krieges haben wir mit der Bundeswehr in der NATO den größten Beitrag aller Europäer für die Sicherung von Frieden und Freiheit geleistet.

Mit unseren Ostverträgen haben wir den Weg zur KSZE und damit zur friedlichen Überwindung der Teilung Europas und Deutschlands geöffnet.

Aus historischer und moralischer Verantwortung ist die Aussöhnung mit Israel konstitutiv für unsere Politik.

Die Freiheits- und Einheitschance von 1989 kam nicht von selbst!

Auch nicht als Laune der Geschichte!

Gefordert war vielmehr - und das über Jahrzehnte - politischer Gestaltungswille und die Besinnung auf unsere Grundwerte.

Dazu gehörte im Westen das Vertrauen auf die emanzipatorische Wirkung der Freiheitsidee in den sowjetischen Machtbereich hinein, denn es waren die Menschen im Osten, die die Mauer vom Osten her zum Einsturz brachten.

Auch damals erlebten wir im Westen bei Vielen das geringe Vertrauen in die Leucht- und Anziehungskraft der Freiheitsidee.

Ihre Wirkungen wurden durch den Eintritt in die Informationsgesellschaft noch verstärkt.

Die Besinnung auf das e i n e Europa, auf das Beispiel der Europäischen Gemeinschaft, auf die europäischen Grundwerte und auf die europäische Identität machte den KSZE-Prozess zu einer kraftvollen Initiative, die letztlich die friedliche Überwindung der Spaltung des Kontinents ermöglichte.

Es entstanden Bürgerrechtsbewegungen wie Solidarnosc, Charta 77, kirchliche und Umweltgruppen; es meldeten sich Persönlichkeiten wie Andrej Sacharow, Lech Walesa und Vacláv Havel zu Wort; es handelten mutige Reformer wie Gorbatschow und Schewardnadse in Moskau oder Horn in Ungarn.

Die Schlussakte von Helsinki von 1975 erwies sich als die größte und wirkungsvollste Freiheitsinitiative der Geschichte.

So können wir im Rückblick auf das 20. Jahrhundert sagen: Die erste Hälfte war gekennzeichnet durch die Menschheitskatastrophen der beiden Weltkriege und durch die Nacht des Faschismus, die von Deutschland ausging, die fast über das ganze Europa hereinbrach, und die im Holocaust ihren schrecklichen Höhepunkt fand.

In der zweiten Hälfte erlebten wir die glückliche Besinnung auf die europäischen Grundwerte und auf unsere europäische Identität, auch wenn daran für Jahrzehnte Ostmitteleuropa, Südosteuropa und Osteuropa nicht teilnehmen konnten.

Heute stehen wir vor der Frage nach der Entwicklung der Welt im 21. Jahrhundert. Was Verantwortung, was klare wertbezogene Vorstellungen bewirken können, hat Europa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bewiesen.

Wohin es führen kann, wenn nationaler Egoismus, Überheblichkeit, oder auch eine Politik des Alles-Treiben-Lassens sich durchsetzen, hat die Entwicklung hin zum Ersten Weltkrieg gezeigt.

Die europäische Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg war der Weg der Verantwortung.

Diesen gilt es den Weg in einer grundlegend veränderten Welt zu fortzusetzen.

Das stellt neue Fragen, die neue Antworten verlangen.

Mit Recht hat der damalige amerikanische Präsident George Bush am Ende des kalten Krieges von einer neuen Weltordnung gesprochen.

Michail Gorbatschow war es, der in einer Rede vor den Vereinten Nationen im Jahre 1988 auf die globalen Herausforderungen hinwies, denen wir uns gegenübersehen. Als er das sagte, gab es noch die Mauer in Berlin, die Zweiteilung Deutschlands und Europas.

Und wieder ist Europa gefordert.

Es geht jetzt darum,

1. sich die über die Zukunft des Verfassungsprojekts zu verständigen – man darf das nicht liegen lassen;
2. die Politik der Erweiterung in dem festgelegten Rahmen bruchlos fortzusetzen;
3. Europa muss seinen Standpunkt und seinen Standort in der entstehenden neuen Weltordnung bestimmen;
das wird uns niemand abnehmen und es kann uns auch niemand abnehmen;
4. die Stabilität in und die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarregionen zu fördern.

Die Europäische Union braucht Stabilität über ihre Grenzen hinaus.

Neue Anstrengungen sind nötig für den Ausbau umfassender Zusammenarbeit mit Russland - wir sind einander komplementär, wir leben in dem einen geographischen und wirtschaftlichen Raum, wir haben viele gemeinsame Interessen und wir können uns gegenseitig viel geben.

Das Gleiche gilt für die anderen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion, das schließt die zentralasiatischen ein.

Die deutsche Bundesregierung widmet sich diesen Fragen zu Recht mit großer Aufmerksamkeit.

Eine durch enge politische Zusammenarbeit geförderte ökonomische Zusammenarbeit mit Russland und den anderen Nachfolgestaaten kann auch ein wichtiger Beitrag zur Energiesicherheit für den EU-Raum sein.

Auf der anderen Seite können die EU-Staaten ihren östlichen Nachbarn und Partnern Abnahmesicherheit für Energie und Rohstoffe bieten.

Hinzu kommt, dass immer engere Zusammenarbeit auch schnellere technologische und wirtschaftliche Entwicklung möglich macht.

Nicht weniger wichtig ist der Beitrag, den die Europäische Union im Mittelmeerraum leisten kann.

Das Mittelmeer trennt nicht, es verbindet seine Anlieger.

Dieser Grundgedanke führte vor mehr als einem Vierteljahrhundert zu der Mittelmeerpolitik der EG.

Die war damals ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung des Mittelmeerraumes und sie ist es heute noch.

Die Lösung des Kernproblems im Nahen und Mittleren Osten, nämlich der israelisch-palästinensische Konflikt, könnte die Lage in diesem Raum dramatisch verbessern.

Hier sind besondere Anstrengungen der Europäischen Union für eine umfassende Friedensregelung unter Einbeziehung Syriens und des Libanons gefordert.

Die deutsche Regierung ist bemüht um ein Gesamtkonzept für den Nahen Osten.

Die road-map ist die Grundorientierung für den Weg, der jetzt beschritten werden muss.

Dazu gehört die Anerkennung des Existenzrechts Israels durch alle.

Für uns Deutsche ist das konstitutiv für alle Dimensionen unserer Politik.

Wir werden das niemals außer acht lassen.

Die Anerkennung des Existenzrechts Israels ist aber auch verpflichtend für alle Staaten der Region.

Zur Stabilität im Nahen Osten gehört auch die Schaffung eines unabhängigen Palästinenser-Staates in den international anerkannten Grenzen.

In Europa ist es gelungen, mit der KSZE den Weg zur Zusammenarbeit und Vertrauensbildung zu beschreiten und so mehr Sicherheit zu schaffen.

Warum sollte so etwas nicht auch im Nahen Osten möglich sein?

Wie alle anderen Weltregionen, stehen auch wir vor der Frage: Welchen Weg wird die Welt im 21. Jahrhundert nehmen?

Der Gegensatz der westlichen Werte einerseits und des von Moskau bestimmten sozialistischen Systems andererseits, die Bipolarität Washington – Moskau also, ist mit dem Ende des kalten Krieges überwunden – symbolisiert durch den Fall der Mauer.

Was aber tritt an die Stelle dieser bipolaren Weltordnung?

Wird es eine multipolare sein, mit mehreren Kraftzentren in aller Welt?

Ich denke ja.

Deshalb sind multilaterales Denken und Handeln gefordert.

In der Diskussion über die neue Weltordnung scheint es kaum eine Rolle zu spielen, dass sich erst jetzt alle politischen und ökonomischen Wirkungen des Eintritts in die Informationsgesellschaft und die neuen Möglichkeiten der Überwindung von Zeit und Raum durch Menschen und für Güter voll auszuwirken beginnen.

Viele sehen den Prozess der Globalisierung als etwas völlig Neues, noch nie da gewesenes an.

Doch er bestimmte die ganze Menschheitsgeschichte.

Das bedeutete Überwindung von Raum und Zeit, gegenseitige Beeinflussung und steigendes Wissen von einander, gegenseitige geistige Durchdringung - die gegenseitige Entdeckung also - die Überwindung von Grenzen und aus alledem folgend fortschreitende Kooperation.

Auf der anderen Seite aber auch immer wieder Konfrontation, Streben nach Vorherrschaft und Krieg.

Wir Europäer waren an allen diesen Prozessen beteiligt.

Wir haben das alles erlebt und erlitten.

Früh wandten sich die Europäer anderen Teilen der Welt zu.

Das setzte Entwicklungen in Gang, die im europäischen Kolonialismus, vor allem im 18. und 19. Jahrhundert ihren Höhepunkt fanden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann die Entkolonialisierung.

In der Blockfreien-Bewegung fand sie ihren politischen Rahmen.

Ging es im 20. Jahrhundert um Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, so geht es heute um Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit, es geht um eine Weltordnung, die überall als gerecht empfunden werden kann.

Zugleich entstehen neue politische und wirtschaftliche Kraftzentren mit ihren eigenen Identitäten, mit großem menschlichen Potenzial, mit ihrer Wissenschaft, mit ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten und auch mit Rohstoff und Energiequellen.

Diese Entwicklungen sind in der Perspektive unserer Vorstellungen von Freiheit, Menschenwürde und Wettbewerb vorgezeichnet.

Aber die in diesem Prozess liegenden Chancen sind kein Privileg westlicher Gesellschaften.

Sie müssen allen Weltregionen offen stehen für einen gerechten Interessenausgleich.

Aufgabe der Staatskunst ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich diese Entwicklungen organisch, das heißt auch friedlich, vollziehen können.

Eine von Besitzstandsdenken bestimmte westliche Politik würde im Zeichen globaler Interdependenz erfolglos bleiben; ja sie würde uns zu Verlierern machen.

Und sie könnte zu dramatischen Konfrontationen und Verwerfungen bis hin zu Kriegen und Stellvertreterkriegen führen.

Die unbestreitbare Herausforderung, die in dem Entstehen neuer dynamischer Kraftzentren liegt, kann deshalb nur in den westlichen Staaten selbst mit neuem Denken bestanden werden.

Das verlangt vor allem größere und auch schnellere Reformbereitschaft.

Hier gibt es Nachholbedarf – vor allem in Europa.

In einer sich immer schneller verändernden Welt wird diese Reformbereitschaft immer stärker gefordert sein.

Besonders wichtig ist die Einstellung auf die Anforderungen der globalen Wissensgesellschaft, das bedeutet weitaus größere Anstrengungen für Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung.

War schon die Vergangenheit bestimmt durch die Tendenz hin zur Globalisierung, so ist in der Gegenwart neu die Geschwindigkeit des Globalisierungsprozesses. Das ist das Ergebnis neuer technologischer Entwicklungen, die einerseits die Überwindung der Ost-West-Teilung Europas und der Welt mitbewirkten, sich andererseits aber in vollem Umfange erst nach Überwindung dieser Zweiteilung auswirken konnten.

Dieser Hochgeschwindigkeitsglobalisierungsprozess macht mit großer Dramatik die globale Interdependenz sichtbar.

Sie wird die Zukunft bestimmen.

Es gibt keine entfernten Gebiete mehr!

Das Menschheitsschicksal wird immer mehr zu einem gemeinsamen.

In Zukunft wird Jeder Jedes Nachbarn sein.

Das verlangt eine globale Politik der guten Nachbarschaft – auch über die unmittelbare geographische Nachbarschaft hinaus.

Jede Entwicklung in einem Land hat Auswirkungen auf alle anderen.

Das gilt für die Politik im allgemeinen, für die Wirtschaft, für die Ökologie, für die Gesundheit, für die Überwindung von Hunger, Armut und Unwissenheit und für die Sicherheit im weitesten Sinne des Wortes.

Es gilt für die innere und für die äußere Sicherheit, für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und – eng damit verbunden – eines gewalttätigen Terrorismus, der sich politisch oder religiös zu verbrämen sucht.

Es gilt also für alle Lebensbereiche.

In einer solchen interdependenten Welt müssen sich alle bewusst sein, dass jedes staatliche und gesellschaftliche Handeln Auswirkungen auf alle anderen hat.

Je größer ein Land oder je größer eine regionale Zusammenarbeit wie die EU ist, umso größer sind diese Auswirkungen und umso größer ist auch die Verantwortung.

Größe bedeutet nicht größere Macht und schon gar nicht größere Rechte.

Die neue Weltordnung wird nur dann überall als gerecht empfunden werden, wenn sie bestimmt wird von der Stärke des Rechts und nicht vom Recht des Stärkeren.

Das gilt regional und global.

Verantwortungsversagen kann zu einer gemeinsamen Gefahr für die ganze Menschheit werden.

Wer das Signal der Klimaveränderungen nicht versteht, versteht unsere Welt nicht mehr.

Das ist nur ein Aspekt, aber ein wichtiger.

Massenmigration ist das Ergebnis von fundamentalen Unterschieden in den Lebensbedingungen der verschiedenen Weltregionen – letztlich von Hoffnungslosigkeit.

Das alles ist gewiss nicht neu.

Neu im Zeitalter der Informationsgesellschaft ist das Wissen der Benachteiligten von den Lebensbedingungen der Privilegierten.

In den westlichen Gesellschaften wiederum lassen Horrorgemälde und Untergangsszenarien den Übergang zu einer immer enger verflochtenen Weltwirtschaft als Bedrohung erscheinen.

Solches rückwärts gewandtes altes Denken lähmt die Fähigkeit, die eigenen Chancen zu erkennen und zu nutzen.

Es verschließt die Augen für die Möglichkeiten der Zusammenarbeit, um den Fortschritt für alle zu erreichen.

Es sind die alten beharrenden Kräfte, die in der Ost-West-Auseinandersetzung im Westen nicht an die Kraft der Freiheit glaubten, und die heute wiederum im Begriff sind, die Chancen zu verkennen, die in der globalen Öffnung liegen.

Kleinmut war immer schon ein schlechter Ratgeber.

Die Vernetzung in Wissenschaft und Wirtschaft, die Vernetzung unserer Gesellschaften ist viel weiter fortgeschritten als das vielen bewusst ist.

Ein Blick auf die Entwicklung in der Europäischen Union sollte die Verantwortlichen weltweit eines Besseren belehren.

Die Grundsätze von Gleichberechtigung, Ebenbürtigkeit, Zusammenarbeit und erfolgsgerichteter Solidarität sollten die zögernden Besitzstandsverteidiger davon überzeugen, wohin sich eine moderne Weltgesellschaft entwickeln muss.

Die Europäische Union als die am weitesten entwickelte regionale Zusammenarbeit ist mit den Prinzipien ihrer Erfolgsgeschichte längst zum Zukunftsentwurf für eine neue Weltordnung geworden.

Allerdings sind sich die Europäer dessen angesichts der Mühen des politischen Alltagsgeschäfts in der EU nicht immer bewusst.

Dennoch sollten sie die Anwendbarkeit der eigenen guten Erfahrungen auf die Gestaltung der neuen Weltordnung prüfen.

Das heißt, Europa braucht eine globale politische Strategie, die alle Lebensbereiche umfasst.

Wirtschaft, Energieversorgung, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Überwindung von Armut, Krankheit und Unwissenheit, politische Stabilität und Sicherheit in der umfassenden Bedeutung des Wortes, sowohl äußere wie innere Sicherheit.

Europa muss sich bewusst sein, dass für den Verlauf des 21. Jahrhunderts die enge Partnerschaft mit den USA von ebenso großer Bedeutung sein wird wie sie es für den Schutz von Freiheit und Demokratie im 20. Jahrhundert und für die friedliche Überwindung des Ost-West-Konflikts notwendig war.

Dieses Partnerschaftsbewusstsein ist die Alternative zu dem Versuch, die Rolle Europas als globales Gegengewicht zu den USA zu definieren.

Die USA ihrerseits müssen erkennen, dass kein Land der Welt so stark ist, dass es auf die Dauer auf verlässliche Partner verzichten könnte.

Kennedy hatte schon Recht als er die Nordamerikaner einerseits und die Europäer andererseits als die Pfeiler der transatlantischen Brücke verstand.

Das atlantische Bündnis ist eben nie eine Militärallianz alten Stiles gewesen.

Es bezieht bis auf den heutigen Tag seine Vitalität aus dem Bewusstsein gemeinsamer unveräußerlicher Werte.

Europa hat aus seiner Geschichte des 18., 19. und 20. Jahrhunderts gelernt, dass kein Land europäische Hegemonie erreichen konnte.

Das gilt in einer interdependenten Welt weltweit und für alle.

Hinzu kommt: Das Gewicht eines Landes bestimmt sich heute immer stärker durch seine Innovationsfähigkeit, den Stand seiner Wissenschaften, durch seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und durch seine der Interdependenz geschuldeten Kooperationsfähigkeit und -bereitschaft.

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert müssen beide, Europa und die USA, erkennen: Ihre Partnerschaft betrifft nicht nur sie selbst, sie ist vielmehr von Bedeutung für die globale Stabilität.

Deshalb brauchen sie eine gemeinsame globale politische Strategie.

Der Erfolg des Westens bei der friedlichen Überwindung der Teilung Europas war das Ergebnis einer solchen politischen Strategie, über die sich die NATO-Partner 1967 im so genannten Harmel-Bericht verständigt hatten.

Diese Strategie nannte als Ziel eine gesamteuropäische Friedensordnung; sie forderte als Voraussetzung gesicherte Verteidigungsfähigkeit und gab als Handlungsanweisung Zusammenarbeit – so viel wie möglich.

Auch die neue politische Strategie muss sich stets von unseren Grundwerten leiten lassen, nämlich Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Marktwirtschaft.

Das muss sich in allen politischen Dimensionen bewähren.

Das gilt für marktwirtschaftliches Denken und fairen Wettbewerb, im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO.

Es gilt genauso für das rechtsstaatliche Denken bei der Bekämpfung des Terrorismus.

Die Verletzung elementarer Grundrechte beschädigt die Brandmauer zwischen Recht und dem Unrecht, das es zu bekämpfen gilt.

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland in den 70er- und 80er-Jahren die Herausforderung des deutschen politischen Terrorismus erfolgreich bestanden.

Wir waren erfolgreich, weil wir den Rechtsstaat nicht beschädigt haben, wie es die Terroristen wollten und erwarteten.

Eine auch nur teilweise Aufgabe unserer rechtsstaatlichen Positionen wäre ein Teilerfolg für einen Terrorismus, der die Kulturen dieser Welt in einen Kampf, das heißt in einen Krieg der Kulturen hineinhetzen will.

Der theologische Rebell Hans Küng hat einmal gesagt: Kants Anforderungen für den ewigen Frieden seien in den schriftlichen Zeugnissen aller Weltreligionen zu finden.

In der Tat: Aber man muss sie nur finden wollen.

Es gilt deshalb, den Dialog zwischen den Kulturen zu intensivieren, damit wir mehr voneinander wissen und die kulturelle Identität jedes Einzelnen als Ausdruck seiner Menschenwürde akzeptieren.

Nur so wird die Unterstützung für diejenigen schwinden, denen der Glaube nicht der Weg zu dem einen Gott der großen Weltreligionen ist, sondern die den Glauben missbrauchen als Argument für Terror und Gewalt.

Wenn von Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit der Völker die Rede ist, so folgt das auch aus dem Gebot der Menschenwürde.

Die deutsche Schriftstellerin Christa Wolf stellt fest: „Wann der Krieg beginnt, das weiß man.“

Und sie fragt: „Aber wann beginnt der Vorkrieg?“

Man möchte die Frage hinzufügen: Wo beginnt der Vorkrieg?

Wir kennen die Antwort: Der Vorkrieg beginnt in den Herzen und Hirnen der Menschen, dort, wo Vorurteile und Überheblichkeit sich einnisten, wo sie Verstand und Gefühle vergiften.

Die Achtung der Menschenwürde aber verlangt, dass sich die Kulturen gegenseitig achten.

Demut gehört zu den hervorragenden christlichen Tugenden.

Demütigung anderer verletzt zutiefst die Menschenwürde.

Man darf die Lage nicht dramatisieren, aber man sollte alles tun, damit jetzt das Gespräch geführt wird – über Grenzen hinweg, mit anderen Kulturen, mit den anderen Weltreligionen, mit anderen Staaten.

Die deutsche Regierung tut das mit großer Umsicht auch im nah- und mittelöstlichen Raum.

Im Zeichen globaler Interdependenz brauchen wir einen globalen Stabilitätsrahmen, in dem sich die Zusammenarbeit in einer immer enger zusammenwachsenden Welt vollziehen kann.

Wir Europäer waren es gewohnt, in andere Teile der Welt vorzudringen, militärisch, machtpolitisch, aber auch geistig, kulturell und natürlich wirtschaftlich und wissenschaftlich.

Wir haben die Botschaft Christi alle Teile der Welt getragen und uns dabei keineswegs immer an diese Botschaft gehalten.

Und nun kommt die Welt zu uns, mit ihren Einflüssen, mit ihren Ideen, mit ihren anderen Identitäten und auch als Wettbewerber in allen Lebensbereichen.

Auch das ist globale Interdependenz.

Wer in den westlichen Gesellschaften zu neuem Denken fähig und bereit ist, muss nicht in Panik verfallen.

Befürchtungen kamen schon auf, als Japan seine ersten Schritte in die Moderne tat.

Heute sind es Russland, China, Indien und Brasilien mit immerhin 3 Milliarden Menschen, fast der Hälfte der Weltbevölkerung.

Sie sind nicht unsere Gegner; sie werden vielmehr als Partner bei der Gestaltung der neuen Weltordnung gebraucht.

Aber diese Staaten haben neben beachtlichen Fortschritten in allen Lebensbereichen auch enorme innere Entwicklungsprobleme zu meistern.

Wie diese Entwicklungsprozesse verlaufen, ob in diesen Ländern der Aufholprozess sich fortsetzt oder nicht, ob das spannungsfrei gelingt oder nicht, wirkt sich überall in der Welt aus, betrifft also die gesamte Weltbevölkerung - auch uns in Europa.

Keine Macht der Welt kann diese Auswirkungen von sich fern halten.

Keine Mauer bietet auf Dauer Schutz, auch keine Zollmauer.

Keine Kontingentierung der Importe und kein anderes nichttarifäres Hindernis.

Die Grundtendenz unserer Zeit ist gerichtet auf die Überwindung des Trennenden.

Das macht vor niemandem halt.

Ob Klimaschutz in diesen Aufholregionen stattfindet oder nicht, betrifft die ganze Menschheit.

Umso größer ist der Erfolg des Euro-Asien-Treffens in Helsinki zu bewerten, in dem sich die asiatischen Staaten zur Fortsetzung des Kyoto-Protokolls verpflichteten.

Die Tatsache, dass die Verhandlungen der WTO bisher nicht zu einem Erfolg geführt haben, eine Entwicklung, zu der sowohl die EU wie die USA wesentlich beitragen, hat negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Kooperation weltweit.

Das verletzt grundlegende marktwirtschaftliche Ordnungsprinzipien.

Die Exportsubventionierung für Agrarprodukte verfolgt kurzfristige innenpolitische Ziele.

Sie gefährdet mittel- und langfristig den für globale Stabilität dringend notwendigen Aufholprozess in allen Teilen der Welt - Afrika ist hier an erster Stelle zu nennen.

Das Ergebnis ist Hoffnungslosigkeit und daraus folgend Massenmigration.

Die Einschränkung des wirtschaftlichen Austauschprozesses zwischen Nord und Süd

in allen Bereichen kann nicht auf Dauer hingenommen werden, wenn es nicht zu dramatischen Entwicklungen in verschiedenen Teilen der Welt kommen soll.

Wohin es in Europa führt, wenn in den WTO-Verhandlungen keine Ergebnisse erreicht werden, zeigt die Diskussion über einen Strategiewechsel der EU hin zu bilateralen Abkommen.

Das mag für wichtige Märkte zu einer Schadensbegrenzung führen.

In anderen Märkten aber bleibt die Entwicklung eines umfassenden Austausches weiterhin behindert.

Und nicht zu vergessen: Nicht alle Partner in der Dritten Welt haben das notwendige Gewicht, um ausgewogene Vereinbarungen durchzusetzen.

Zu den hoffnungsvollsten Initiativen für globale Verantwortungspolitik gehörte der Vorschlag des damaligen französischen Staatspräsidenten Valérie Giscard d'Estaing und des damaligen deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt für einen Weltwirtschaftsgipfel.

Daran nahmen zunächst fünf Staaten teil: die USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Japan.

Italien und Kanada traten sehr bald hinzu.

Die Einbeziehung zunächst der Sowjetunion und dann Russlands nach Ende des kalten Krieges war ein wichtiges Signal in der Zeit der großen Wende.

Was fehlt ist heute im Zeitalter globaler Interdependenz die Teilnahme der großen Aufholländer China, Indien und Brasilien.

Beispielhaft sollte wirken, dass bei den G 7/G 8-Treffen jeweils auch die Europäische Union vertreten ist.

Das ist eine Chance und ein Angebot für andere regionale Zusammenschlüsse.

Meine Damen und Herren,

die Welt steht vor der Frage, ob sie sich für Dialog und Zusammenarbeit entscheidet oder ob sie in das alte Denken von Rivalität, nationalem Egoismus und Abgrenzungstreben mit der Konsequenz der Konfrontation zurückfallen will.

In dieser Situation brauchen die transatlantischen Partner eine neue gemeinsame politische Strategie von gleicher Überzeugungskraft wie der Harmel-Bericht, sie braucht eine Art Harmel II, mit dem Ziel einer Weltstabilitätsordnung, die überall als

gerecht empfunden werden kann; eine Strategie, die die Identität und die Würde aller Völker und aller Kulturen achtet.

Die USA und die EU verkörpern heute die beiden Formen der „global player“ des 21. Jahrhunderts.

Die USA stehen beispielhaft für große Staaten und die Europäische Union steht beispielhaft für effektive regionale Zusammenarbeit mittlerer und kleinerer Staaten. Der frühere amerikanische Präsident Bill Clinton mahnte sein Land mit den Worten: „Amerika ist die dominante politische, wirtschaftliche und militärische Kraft in der Welt.

Deshalb sollte das amerikanische Volk darüber nachdenken, wie es behandelt werden möchte, wenn es nicht länger die stärkste Kraft ist.

Und,“ so stellt Clinton weiter fest, „wir sollten jetzt unser Verhalten mit dem Blick auf die Zukunft einrichten.

Denn ich denke, wir werden nach dem beurteilt werden, was wir heute tun, wie wir in diesem einzigartigen Moment handeln.“

Meine Damen und Herren,

diese Frage müssen auch wir Europäer uns stellen, auch wenn wir nicht über ein Gewicht verfügen, dass dem der USA vergleichbar wäre.

Eine lebenswerte Zukunft für die Völker der Welt verlangt globale Rahmenbedingungen, die allen Regionen faire Chancen eröffnen, und sie verlangt eine Stärkung der internationalen Institutionen, der Vereinten Nationen, des Weltwährungsfonds, der Weltbank und der Welthandelsorganisation WTO. Geboten ist eine weltweite multilaterale Politik der Zusammenarbeit und der Vertrauensbildung.

Unverzichtbar ist die weltweite Achtung der Menschenrechte und die entschlossene Bekämpfung von Terror und Gewalt.

Erforderlich ist auch die Ächtung der Massenvernichtungsmittel wie der chemischen und biologischen Vernichtungspotenziale.

Notwendig ist die konsequente Durchsetzung des Nichtverbreitungsvertrages für atomare Waffen.

Die Hüter dieses Vertrages, die durch den Vertrag legitimierten Atommächte – es handelt sich um die Ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates –, werden dabei umso glaubwürdiger sein und damit auch wirkungsvoller, je schneller und umfassender sie ihre Abrüstungsverpflichtungen aus dem Vertrag erfüllen.

Die Welt steht wirklich an einem Kreuzweg.

Die Demokratien dieser Welt haben die Chance, die Entwicklung im 21. Jahrhundert in die Richtung von Freiheit, Menschenwürde und gerechter Lebenschancen für alle zu lenken.

Wir sollten sie nutzen.

Dass das möglich ist, hat Europa nach dem Zweiten Weltkrieg nach einer langen leidvollen Geschichte bewiesen.

Das der Welt verständlich zu machen, ist die historische Mission Europas.